

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Redaktionsstelle: Die Redaktion des Auer Tageblattes befindet sich in der Hauptstadt des Erzgebirges, Auerbach, im Hause Nr. 101. Telephon: 101. Postamt: Auerbach. Druck: Auerbach. Preis: 10 Pfennig. Abonnement: 3 Mark pro Jahr. Einzelhefte: 10 Pfennig. Ausland: 15 Pfennig. Die Redaktion ist für den Empfang von Briefen und Geldern bis 10 Uhr abends geöffnet.

Telephon: 101. Postamt: Auerbach. Druck: Auerbach. Preis: 10 Pfennig. Abonnement: 3 Mark pro Jahr. Einzelhefte: 10 Pfennig. Ausland: 15 Pfennig. Die Redaktion ist für den Empfang von Briefen und Geldern bis 10 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Anzeiger für das Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auerbach. Postamt: Auerbach. Postfach Nr. 101

Nr. 101

Mittwoch, den 30. April 1924

19. Jahrgang

### Bismarcks Vermächtnis.

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Juridisch zu Bismarck, das ist die Parole, unter der die Reaktionen aller Schattierungen im gegenwärtigen Wahlkampf marschieren. Auf ihren Wahlplakaten prangt sein Bild und es gibt fast kein Wahlflugblatt und keinen Wahlartikel der Rechtsparteien und es geht keine Rede rechtsstehender Versammlungsredner vorüber, in denen nicht Bismarck als Schwurzeuge für die Reaktionen herhalten muß. Sein großer Name wird in der rückwärtsloseten Weise als Köder mißbraucht; die Dankbarkeit, die das deutsche Volk dem Reichsgründer schuldet, soll ausgenutzt werden, um gedankenlose Leute für die eigentlichen Zwecke der Rechtsparteien zu gewinnen. Sein Bild soll die schöne Kultivierung, hinter der die alte Ungleichheit, die Klassenherrschaft und die Unterdrückung aller Volksschichten wieder hergestellt werden soll. Juridisch zu Bismarck! Wer möchte nicht wünschen, daß die Macht und Herrlichkeit, die das Deutsche Reich zu seinen Lebzeiten ausgezeichnet hat, wieder hergestellt werde? Wer möchte nicht wünschen, daß Deutschland wieder den Rang unter den Völkern einnehme, den er ihm erobert hatte? Aber läßt sich das alles denn wieder herstellen, indem wir slavisch das kopieren, was er seinerzeit unter ganz anderen Verhältnissen geschaffen hat? Es ist doch eine alte Wahrheit, daß die Geschichte sich nicht wiederholt. Und es gibt keinen schlimmeren Mißbrauch, den man mit seinen Geschichtskennntnissen treiben kann, als wenn man Erfahrungen und Methoden, die sich unter ganz anderen Verhältnissen bewährt haben, auf eine veränderte Zeit anzuwenden will. Noch nie in der Weltgeschichte ist es gelungen, ein Volk aus furchtbarer Verlage und beispiellosem Zusammenbruch dadurch zu erretten, daß man sich einen früheren Zustand wieder herzustellen bemühte. Was gewesen ist, kehrt nicht wieder. Wenn wir uns wieder emporarbeiten wollen, so müssen wir unsere Ideale und unsere Ziele in der Zukunft und nicht in der Vergangenheit suchen. So haben die Türken gemacht, die das Wiedergeboren des osmanischen Herrtums mit all seinem schätzbar gewordenen Glanz in der Kammer der Geschichte demoralisiert und sich eine neuezeitliche, republikanisch-demokratische Verfassung gegeben haben. So sind auch die großen Männer in der Zeit der deutschen Erhebung von 1807-13, wie Stein, Scharnhorst und Hardenberg vorgegangen. Sie haben nicht etwa die verlockende Parole: Juridisch zu Friedrich dem Großen! aufgestellt, sondern im Gegenteil den Staat Friedrich des Großen rückwärtslos abgebaut und aus der englischen Verfassung dasjenige entnommen, was ihnen geeignet schien, um den preussischen Staat mit neuem Leben zu erfüllen. Juridisch zu Bismarck ist also eine Parole, die, wenn sie ehrlich gemeint ist, nur höchst bedauerlicher Sentimentalität, nicht aber realpolitischen Erwägungen entspricht und deshalb keineswegs im Sinne des wahren Bismarck sein kann.

Bismarcks erster Grundgedanke war der, daß die Politik die Kunst des Möglichen ist. Nichts war ihm verhasster, als haltlose Schwärmerereien und hochfliegende Pläne, die die Verhältnisse mit der Wirklichkeit nicht vertrugen. Er war eine komplizierte Persönlichkeit, und nicht bloß der Mann von „Blut und Eisen“, als den ihn die Deutschen wie die französischen Nationalisten hinstellen liebten. Sein ganzes Bemühen war nach 1870 auf die Erhaltung des Friedens gerichtet. Die leichtfertige Kriegspolitik die die Alldeutschen vor dem Weltkrieg getrieben haben und die uns ihre politischen Erben heute wieder so aneigentümlich empfehlen, ist gewiß nicht im Sinne dieses Mannes der in seinen Gedanken und Erinnerungen geschrieben hat, „daß auch siegreiche Kriege nur dann, wenn sie ausgenutzt sind, verantwortet werden können, und daß man der Vorsehung nicht so in die Karten sehen kann, um der geschichtlichen Entwicklung nach eigener Berechnung vorzugreifen“.

Auch in innerpolitischer Beziehung können sich die Reaktionen nicht auf Bismarck berufen. Wenn sie uns eine Weisheit vom Parlamentarismus empfehlen und in der Diktatur das Heilmittel erblicken, so handeln sie gewiß nicht im Sinne des Bismarck der letzten Lebensjahre. In denn die furchtbare Anklage schon ganz vergessen, die Bismarck im dritten Bande seiner Gedanken und Erinnerungen gegen das persönliche Regiment Wilhelms II. erhoben hat. Sind die traurigen Erfahrungen so ganz vergeblich gewesen, die wir mit jenem System gemacht haben, das alle Macht in die Hand eines Einzelnen legte und dessen Wirkungen der ehemalige Obermarschall Wilhelms II., Graf Helldorf-Trübshier, in seinen Aufzeichnungen mit folgenden Worten niedergelegt hat: „Unfess Erziehung, unsere Einrichtungen und Anstalten erzeugen oder begünstigen Streber. Der Streber folgt Hyazinthus und dem Hyazinthus nur natürlich Despotismus. Despotismus aber bedeutet

für ein Land früher oder später Schmach... Welche Gefahr ist es daher, wenn viele Millionen Menschen vertrauensvoll ihr Schicksal in eines Einzelnen Hände legen müssen, dem nur der Zufall der Geburt diese ungeheure Macht verleiht.“ Weil er die Gefahren, die in der Regierungswelt Wilhelms II. lagen, kommen sah, deshalb richtete Bismarck in Jena am 30. Juli 1892 an das deutsche Volk die Mahnung: „Für die Zukunft haben wir für eine Kräftigung der politischen Ueberzeugung in der öffentlichen Meinung, in der Presse und im Parlament zu wirken.“ Es wäre lächerlich, Bismarck als einen Republikaner und Demokraten hinstellen zu wollen, denn für ihn war die Monarchie die gegebene Staatsform. Doch er aber auch Verständnis für die Vorzüge der Republik hatte, beweist sein Ausspruch zu Karl Schur über die Stellung des amerikanischen Präsidenten: „Das ist eine Monarchie auf Zeit, und sie hat ganz außerordentlich viel für sich. Dann kann man doch einen solchen Monarchen wieder los werden, bevor er den Staat zum Niederknien gebracht hat.“ Das schärfste Urteil aber über das Regierungssystem Wilhelms hat Bismarck acht Tage vor seinem Tode gesprochen: „Es ist mir so weit, daß wir nicht schlafen können, solange wir uns über die Knechtschaft, in der wir leben, zu schämen haben, werden wir nicht frei werden. Verlernen wir also das Schlafen! Seien wir wach und arbeiten wir mit heißem Herzen, aber fähigem Kopf! Arbeiten wir alle zusammen! Dann wird ein neuer Morgen ein neues Geschlecht begrüßen!“ Das ist das wahre Vermächtnis Bismarcks an das deutsche Volk, das auch wir Demokraten uns zu eigen machen wollen. Es ist eine Mahnung an das deutsche Volk, fortzuschreiten auf dem Wege der Selbstbestimmung und der Freiheit und uns nicht einklinken zu lassen von politischen Schwärmern und Falschmüglern, die unseren Blick in die Vergangenheit statt in die Zukunft lenken wollen!

### Das politische Ziel der Reichsregierung.

Eine Aussprache des Reichswirtschaftsministers mit einem Pressevertreter.

In einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter der „Alldeutschen Zeitung“ über die wirtschaftlichen Grundlagen des Sachverständigengutachtens führte Reichswirtschaftsminister Hamm u. a. aus: Die Sachverständigen haben den wirtschaftlichen Verhältnissen Deutschlands im Rahmen der ihnen gestellten Aufgaben nach bestem Wissen gerecht zu werden versucht. Darin schon liegt ein großer Fortschritt. In hoher Einsicht haben die Sachverständigen Gutachten anerkannt, daß Deutschland nicht in Geld, sondern nur in Waren zahlen kann.

Nach meiner Ueberzeugung überschätzen die Sachverständigen die deutsche Leistungsfähigkeit. Man darf nicht vergessen, daß Deutschland ungeheures schon aus seiner Volkswirtschaft abgeführt hat. Nach deutscher Berechnung sind es bis Ende 1923 über 43 Milliarden Mark auf Reparationskonto, außerdem über 14 Milliarden Leistungen, die auch in niedrigerer Bewertung nach Reines immerhin 20 bis 26 Milliarden, und nach dem Institut of Economic in Washington auf rund 28 Milliarden geschätzt werden. Man darf ferner nicht vergessen, was Deutschland alles an Grund und Boden, Landwirtschaft, Bergbau, Kapitalien usw. verloren hat. Hätten wir das alles noch, sowie unsere Kolonien, so wäre die Leistungsfähigkeit anders zu beurteilen. Wenn die Sachverständigen sagen, daß Deutschland infolge der Wertentwertung einen Produktionsapparat ausbauen konnte, so darf nicht übersehen werden, daß viele Neuanordnungen und Neuanlagen notwendig wurden als Ausgleich für Produktion hindernde Kriegsschäden. In manchen wichtigen Zweigen ist unsere Industrie offensichtlich von der anderer Länder technisch überflügelt worden und hat allen Anlaß, diesen Vorprung einzubüßen. Denn mehr als je kommt es jetzt auf den Auslandsabsatz an. Auf die Frage ob die den Transferkomitee übertragenen Aufgabe des Säuhes der deutschen Währung wirklich eine Sicherheit für das deutsche Volk biete, erwiderte der Minister: Vor Völkern und Geschichte trägt der Ausschuß die Verantwortung, daß die deutsche Währung durch Reparationsleistungen nicht erschüttert wird.

Aber auch für die Creditgeberregierungen ist die Erhaltung der deutschen Währung von höchster Wichtigkeit. Denn die deutsche Regierung erfüllt ihre Leistungsfähigkeit durch Einzahlungen in Reichsmarkung in die Reparationskasse. Es hängt ausschließlich von der Aufrechterhaltung des deutschen Geldwertes ab, welchen Wert diese Beträge dann für die fremde Wirtschaft haben. In den Bestimmungen über die Reichs-

bahn und Reichsbank heißt der Minister schwere Belastungen, namentlich nach der seelischen Seite, schwerer noch als in der ziffermäßigen Belastung. Denn diesen Bittern gegenüber liegt eine gewisse Sicherheit in den Schubvorschriften. Darin liegt ein Zug selbsttätiger Anpassung an die deutsche und die internationale Wirtschaftslage. Über was wir einmal den Gläubigern an Rechten auf die Reichsbahn und Reichsbank eingeräumt haben, bleibt bestehen. Voran es ankommt, ist in den Vorbereitungsverhandlungen die Reichsbahn und die Reichsbank möglichst stark als Werkzeuge der nationalen Wirtschaft in deutscher Führung zu halten und die maßgeblichen fremden Einwirkungen auf die Fülle nachweisbarer schuldhafter Belastung zu beschränken. Auf die Frage, ob der Minister beabsichtigt, daß die vorgesehene Kontrolle die bisherige Lage wesentlich verschlimmere, erklärte Dr. Hamm: Nachdem Deutschland den Versailler Vertrag, dessen sittliche Berechtigung wir niemals anerkennen können, eingegangen war, war es eine Verschärfung des Unglücks, daß Amerika nicht in der Reparationskommission stimmberechtigt vertreten war. Daß nun Vertreter Amerikas gleichberechtigt in den verschiedenen Ausschüssen und Organen mitwirken, ist ein bedeutender Fortschritt. Ferner werden die Besorgnisse, daß die Kontrolle politisch ausgeübt werden könnte, dadurch gemildert, daß z. B. bei der Goldnotenbank und dem Uebertragungsausschuß nicht politische Vertreter der Regierungen, sondern unabhängige Sachkenner sitzen. Aber es bleibt natürlich für eine große nationale Wirtschaft ungeheuer schwer, unter solcher Kontrolle zu arbeiten.

Daß die deutsche Wirtschaft die fremde Kontrolle auf sich nimmt, geschieht nur, um durch diese Bindung die Freiheit in größerem Maße einzutauschen.

In der Wiederherstellung der deutschen Staatlichkeit und Staatshoheit an Rhein und Ruhr, die von den Sachverständigen selbst in klaren Worten als wichtigste Voraussetzung deutscher Leistungen bezeichnet worden ist, erblickt die Reichsregierung das politische Ziel und die sittliche Berechtigung, wenn sie sich bereit erklärt, das Gutachten der Sachverständigen als Grundlage der Reparationslösung anzunehmen.

Der Minister betonte zum Schluß, daß die Reichsregierung für ihren Entschluß die höchste Unterstützung seitens der Politik und der Wirtschaft gefunden habe. Der neue Reichstag werde die Entscheidung über die Durchführung des Gutachtens der Sachverständigen zu treffen haben, für welche die gesetzgeberischen Vorarbeiten bereits im Gange seien. Das deutsche Volk dürfe nur ein Ziel kennen, keine Freiheit. Und dazu müsse ihm der Weg recht sein, den die Zeit ihm weise.

### Dr. Stresemann in Hannover.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann sprach vor einer von der Deutschen Volkspartei in Hannover einberufenen Versammlung. Zu Beginn seiner Ausführungen wies er darauf hin, daß wir wahrscheinlich schon im nächsten Monat vor einer der größten außenpolitischen Entscheidungen stehen werden, die es jemals seit dem Versailler Diktat für uns gegeben habe. Der Entente, die jetzt auf die in Deutschland bestehende Gefahr der nationalpolitischen Gehelmbündelungen Einwirkungen hätte, müsse klargemacht werden, daß gerade ihre Politik verantwortlich sei für das Unheil dieser nationalpolitischen Bewegung. Die Sachverständigenberichte enthielten unangenehm, namentlich in Bezug auf die Reichsbank und die Reichsbahn, eine starke Einschränkung der wirtschaftlichen Souveränität, seien aber trotzdem als ein volkswirtschaftlicher Fortschritt zu bezeichnen. Damit, daß in den Sachverständigenberichten gesagt sei, Deutschland dürfe nicht zahlen, wenn es sich nicht ruinieren und seine Währung wieder gerettet wolle, sei auch hier die Lage von dem betrügerischen Diktat Deutschlands widerlegt. In seinen Ausführungen über diese Politik verteidigte Dr. Stresemann das Zusammenwirken der Volkspartei mit der Sozialdemokratie.

Die rechtlich vollkommensten Kommunistenführer. Mit dem Hochverrat der Kommunisten beschäftigt sich auch die Berliner politische Polizei. Auch sie fahndet auf die Mitglieder der Reichszentrale der KPD, gegen die der Untersuchungsrichter beim Staatsgerichtshof Haftbefehle aus und Steckbriefe erlassen hat: Parteisekretär Walter Ullrich, Redakteur Felix Schmidt, Redakteur Heinrich Brandler, Parteisekretär Artur Ewert, die früheren Reichstagsabgeordneten Wilhelm Roehnen, Hermann Kemmel, Walter Stöcker und Paul Fröhlich, die Parteisekretäre Karl Becker, Jakob Walcher und Fritz Decker und die Schriftsteller Erwin Hoenel, August Thalheimer und August Klein. Unangeführt ist nach wie vor der Verbleib der Alten gegen den thüringischen Landtagsabgeordneten Eublenrat Dr. Reubauer, der ebenfalls wegen Hochverrats verfolgt wird. Es wurden von unbekannter Hand aus dem Bureau des thüringischen Landtags am dem Tage gestohlen, als durch Landtagsbeschluss die Immunität Reubauers aufgehoben wurde.